

# WEG MIT DEN AUSLÄNDER- FEINDLICHEN PAROLEN

DIE AUSLÄNDERINITIATIVE DARMSTADT

RUFT AUF ZUR DEMONSTRATION

GEGEN RASSISMUS.

WIR FORDERN:

GLEICHES RECHT FÜR ALLE !  
WEG MIT DEN AUSLÄNDERGESETZEN !  
PAROLEN MÜSSEN WEG !

An Darmstadts Häuserwänden gibt es viele ausländerfeindliche Parolen, die uns ständig auf den Rassismus in der BRD aufmerksam machen. Der Rassismus, der sich auf diese Weise kundtut, verdeutlicht nur, daß Ausländer hier unter menschenverachtenden und diskriminierenden Bedingungen leben müssen. Viele Deutsche wollen sich gegen Rassismus wehren und verurteilen rassistische Organisationen, die im Moment wieder Zulauf erlangen.

Aber in Darmstadt gab es bislang keine Organisation, mit der Deutsche und Ausländer aktiv für die Rechte der Ausländer eintreten können.

Die Ausländerinitiative Darmstadt ist mit dem Ziel entstanden, für die rechtliche Gleichstellung der Ausländer in der BRD zu kämpfen und Opposition gegen Ausländerfeindlichkeit zu organisieren.

Wir gründeten uns mit der Absicht, eine Alternative zum Ausländerbeirat, der im nächsten Jahr gewählt werden soll, zu schaffen. Der Ausländerbeirat ist keine politische Vertretung der Ausländer und besitzt somit nur Alibifunktion für die Stadt.

Nur wenn wir uns gemeinsam gegen die Unterdrückung von Ausländern einsetzen und für ihre demokratischen Rechte kämpfen, können wir verhindern, daß Ausländer diskriminiert und als Menschen zweiter Klasse behandelt werden.

## STAATLICH SANKTIONIERTER RASSISMUS

Ausländerfeindliche Parolen sind letztlich nur ein extremer Ausdruck des offiziellen, staatlich sanktionierten Rassismus. Während auf Häuserwänden

"Ausländer RAUS"

steht, wird der gleiche Gedanke im neuen Entwurf für ein Integrations- und Ausländeraufenthaltsgesetz der Bundesregierung etwas anders formuliert, so ausgedrückt:

"Die BRD ist kein Einwanderungsland".

Schon seit längerer Zeit verlangen führende Politiker eine Verschärfung des Ausländergesetzes von 1965. Der Vorentwurf von Innenminister Zimmermann liegt seit Anfang des Jahres vor. Die Basis für die rechtliche und soziale Diskriminierung von Ausländern in der BRD wird in ihm erheblich erweitert.

Das neue Gesetz soll einige wenige Ausländer in die BRD "integrieren", während für die überwiegende Mehrheit der Zuzug erschwert und Ausweisungsgründe erweitert werden sollen.

Unbefristete Aufenthaltsgenehmigungen sollen in Zukunft die Ausnahme sein.

"Die unbefristete Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis ist auf begründete Einzelfälle beschränkt, in denen aus der Sicht der öffentlichen Belange ein überwiegendes Interesse am dauerhaften Verbleib des Ausländers besteht."

(Artikel 2, S. 31 des Vorentwurfs)

Hiermit würde sich die rechtliche Lage der Ausländer in der BRD wesentlich verschlechtern. Ihre Rolle als Menschen zweiter Klasse ohne demokratische Rechte wird ausdrücklich festgeschrieben.

"Das Grundgesetz stellt damit Ausländer aufenthaltsrechtlich ausdrücklich Deutschen nicht gleich".

### AM DEUTSCHEN WESEN ...

Der Rassismus ist nicht nur ein Problem für die von ihm direkt betroffene Ausländer. Er ist ein politisches Problem, das alle in der BRD lebenden und arbeitenden Menschen angeht. Denn die staatliche Unterdrückung einer ganzen Bevölkerungsgruppe dient nicht nur dazu, diese zu einer rechtlosen Verfügungsmasse der Unternehmer und der Herrschenden zu machen - sie erfüllt auch eine wesentliche ideologische Funktion. Sie schafft eine Spaltung zwischen Deutschen und Ausländern, die die wirklichen Interessensgegensätze in dieser Gesellschaft verschleiert und eine ständige Quelle reaktionärer nationalistischer Störungen darstellt.

Die Diskussion um das neue Ausländergesetz zeigt, daß es den Politikern vor allem darum geht, Ausländerfeindlichkeit in der deutschen Bevölkerung zu schüren. Schon seit Monaten verbreitet Bundes - Innenminister Zimmermann Horror - Statistiken über vermeintlich wachsende Ausländerkriminalität, während der Baden-Württembergische Ministerpräsident Späth im Zusammenhang mit Asylbewerbern vorzugsweise von einer "Zeitbombe" und einem

"Flächenbrand" spricht. Solche Hetz - Parolen sollen letztlich dazu dienen, Ausländer zum Sündenbock für die wirtschaftliche und Soziale Krise zu stempeln und unter Deutschen die Identifikation mit dem "nationalen Interesse" zu fördern, die gebraucht wird um Widerstand gegen Arbeits - und Sozialabbau in Keim zu ersticken. Es ist kein Zufall, daß gerade jetzt in einer Zeit verschärfter Krise, immer kräftiger die Rede ist vom "deutsche Interesse", dem sich alles und alle unterzuordnen haben.

### WEHRT EUCH !

Wohin das alles führt, wissen wir nicht nur aus der deutschen Geschichte. Wir sehen es auch am Beispiel Frankreichs, wo mangelnder Widerstand gegen den Rassismus bereits zur Entstehung einer starken neo - faschistischen Bewegung geführt hat.

Die Ausländerinitiative Darmstadt ist gegründet worden, um eine anti - rassistische Opposition zu schaffen.

Wir lassen uns nicht erzählen, daß Asylbewerber kriminell handeln, wenn sie ihren zugewiesenen Aufenthaltsbezirk verlassen,  
wir lassen uns nicht erzählen, daß Ausländern die Einreise in die BRD verweigert wird und sie sich nicht auf das Grundgesetz berufen können, "weil sie keine Deutschen sind".

Je mehr Leute sich für die Rechte der Ausländer einsetzen, desto weniger wird das Meinungsbild des Kriminellen Ausländers, der für die BRD eine Gefahr darstellt, Anhänger finden.

Erst dann können wir massiven Druck ausüben, um konkrete Veränderungen erreichen zu können.

Wir fordern euch auf euch uns anzuschließen und einzutreten für:

**GLEICHE RECHTE FÜR ALLE !  
WEG MIT DEN AUSLÄNDERGESETZEN !  
SCHLUß MIT DER AUSLÄNDERHETZE !**

### Veranstaltung:

Der alltägliche Rassismus.

Veranstaltung zum neuen  
Ausländergesetz der  
Bundesregierung am

**13.7 um 19.30**

in der Kanne,  
Kopernikusplatz 1.



Die Ausländerinitiative Darmstadt trifft sich jeden Donnerstag um 19 Uhr in der THD, Raum 25.

Kontakt: c/o Asta der THD, Hochschulstr. 1

# STELLUNGNAHME ZUM AUSLÄNDERBEIRAT

1989 wird in Darmstadt zum ersten Mal ein Ausländerbeirat gewählt. Hier sollen die Ausländer, die Möglichkeit erhalten, an den kommunalen Entscheidungsprozessen beteiligt zu sein.

## Der Ausländerbeirat - eine Interessensvertretung der Stadt Darmstadt

Die Satzung des Ausländerbeirats besagt allerdings eindeutig, daß der Ausländerbeirat keine Entscheidungsbefugnis und nicht einmal ein Anhörungsrecht in den städtischen Gremien hat.

Dem Ausländerbeirat wird lediglich die Möglichkeit gegeben, "die Interessen der ausländischen Einwohner gegenüber den städtischen Gremien durch Wünsche, Anregungen und Empfehlungen zu vertreten". Damit macht die Stadt Darmstadt den Ausländerbeirat zum Spielball ihrer eigenen Interessen.

Durch Schaffung des Ausländerbeirats will die Stadt den Eindruck der Ausländerfreundlichkeit erwecken. Sie erhält somit die Möglichkeit, die politischen Aktivitäten der Ausländer direkt zu beeinflussen.

Die Stadt hat die alleinigen Entscheidungsbefugnisse über

die finanziellen Mittel des Ausländerbeirats:

Demzufolge ist der Ausländerbeirat in all seinen Entscheidungen und Aktivitäten vom Wohlwollen der Stadt abhängig.

## Der Ausländerbeirat und die Verschärfung des Ausländergesetzes

Zur Zeit wird von der Bundesregierung ein neues Ausländergesetz mit wesentlichen Verschärfungen der Einreise- und Aufenthaltsbedingungen für Ausländer vorbereitet.

Lokale Staatsorgane, darunter die Stadt Darmstadt und andere Kommunalverwaltungen, haben sich bisher noch nie gegen eine ausländerfeindliche Rechtsprechung stark gemacht. Von daher ist von ihnen nicht zu erwarten, daß sie auf lokaler Ebene als Interessensvertreter für Ausländer auftreten werden.

Objektiv kann der Ausländerbeirat nur dazu dienen, die Verschärfung der Ausländergesetze und damit die Verschlechterung der Lebensbedingungen der Ausländer zu verschleiern.

## Der Ausländerbeirat und die Forderung nach demokratischen Rechten für Ausländer

Für Ausländer bedeutet der

Ausländerbeirat, neben den Ausländergesetzen, eine weitere Sonderregelung.

Anstatt einer neuen Sonderbehandlung und der Herabsetzung zu Menschen 2. Klasse sollen alle Ausländer die vollen demokratischen Rechte erhalten. Da der Ausländerbeirat die rechtliche Ungleichheit der Ausländer eher unterstreicht, anstatt sie aufzuheben, ist er von seinen Grundbedingungen her undemokratisch und bietet keine Lösung für die Probleme der Ausländer.

Im Gegensatz zum Ausländerbeirat setzen wir uns für eine wirkliche Interessensvertretung ein. Wir kämpfen dafür, daß jeder Ausländer unabhängig von seiner Rasse, Herkunft, Religion, politischen Einstellung und der Dauer seines Aufenthalts in der BRD die volle rechtliche Gleichstellung erhält. Hierzu gehört das uneingeschränkte Aufenthaltsrecht, sowie das uneingeschränkte Wahlrecht.

Initiative gegen Rassismus/für eine demokratische Interessensvertretung der Ausländer/innen in Darmstadt.